

Wir brauchen Ressourcenwächter nach dem Vorbild der Währungshüter

Ion Karagounis und Gabi Hildesheimer über die Rolle der Wirtschaft beim Umweltschutz

Angesichts des Klimawandels und der Nahrungsmittelkrise stellt sich wieder vermehrt die Frage: Gibt es eine Grenze des Wachstums, wie sie der Club of Rome einst postuliert hat? Die Antwort ist einfach: Es gibt keine Grenze für das Wirtschaftswachstum.

Dagegen sind die natürlichen Ressourcen – inklusive Energie – nur begrenzt verfügbar und die Auswirkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit auf die Umwelt und auf die Gesundheit nur begrenzt tragbar. Soll die Menschheit innerhalb dieser natürlichen Grenzen langfristig prosperieren und sich weiterentwickeln, folgt logischerweise: Das Wirtschaftswachstum ist vom Ressourcen- und Energieverbrauch zu entkoppeln. Die Stossrichtungen sind klar:

- Wirtschaftszweige mit einem niedrigen Ressourcenverbrauch sollen wachsen (Dienstleistungen, immaterielle Güter),
- Wirtschaftsleistungen sind ökologisch und sozial verträglich auszugestalten,
- technische Lösungen zur Steigerung der Ressourceneffizienz und zur Senkung der Umweltbelastungen werden weiterentwickelt und werden zu einer neuen technischen Revolution führen.

So weit die Theorie. Aber wie bewerkstelligen wir das? Über Jahrzehnte stand der hoheitliche Umweltschutz im Vordergrund, mit Ge- und Verboten begrenzte man Umweltbelastungen. Seit etwa fünfzehn Jahren bedient man sich vermehrt marktwirtschaftlicher Mechanismen, da sie mehr Effizienz versprechen. Stichworte sind Umweltabgaben, ökologische Steuerreform oder handelbare Emissionszertifikate. Die Grundidee dabei: Ist der Preis genügend hoch, sinkt die Umweltbelastung oder die Nachfrage nach einer Ressource. Leider funktioniert das heute erst mangelhaft, wie zwei Beispiele zeigen:

- Aus ökonomischer Sicht ist die Idee des Handels mit CO₂-Emissionszertifikaten bestehend: Emissionen werden dort gesenkt, wo es am billigsten ist. Damit ein ökologischer Fortschritt erzielt wird und die CO₂-Emissionen tatsächlich sinken, darf nur eine beschränkte Anzahl von Emissionsrechten in den Handel gelangen. Gerade dies geschah nicht, als die EU ihren Handel vor gut drei Jahren startete. Die einzelnen Staaten teilten ihren Industrien zu grosszügig Emissionsrechte zu.



Umweltstrategen: Ion Karagounis von Pusch und Gabi Hildesheimer von Öbu

Deshalb gab es keine Verknappung des Guts «CO₂-Emission», und der Preis für die Zertifikate fiel in den Keller. Diese Kinderkrankheiten sind erkannt, Besserung ist in Sicht.

- Mit der Verknappung von Rohstoffen würden die Preise steigen, die Wirtschaft weniger Rohstoffe einsetzen und umweltfreundlicher produzieren, hoffte man. Dem ist nicht so. Steigende Preise machen die Ausbeutung bisher unrentabler Vorkommen lukrativ. Es werden Rohstoffe abgebaut,

«Ob die Industrie diese Grenzen mit Partikelfilter oder anders erreicht, ist ihre Sache»

die in schwer zugänglichen Gegenden oder nur in geringer Konzentration vorkommen. Unter dem Strich steigt in gewissen Sektoren die Belastung der Umwelt trotz sparsamer Technologien.

Wir schlagen drei Strategien vor, um das Wirtschaftswachstum weiter vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln:

1. Klare Rollen für Staat und Wirtschaft

Es braucht eine Kombination von festen Rahmenbedingungen und marktwirtschaftlichen Anreizen – einen Instrumentenmix. Der Staat gibt Umweltziele vor und überwacht ihre Einhaltung. Innerhalb dieser Ziele bestimmt die Wirtschaft selber die Mittel und Wege. So legt der Staat beispielsweise die Grenzwerte für Feinstaubemissionen fest. Ob die Industrie diese Grenzen mit einem Partikelfilter oder anders erreicht, ist ihre Sache – die effizienteste Lösung setzt sich durch. Bei den flüchtigen Kohlenwasserstoffen VOC bewirkte bereits die Ankündigung einer Abgabe, dass viele Unternehmen freiwillig handelten. Der Umwelt war geholfen, und für die Unternehmen lohnte sich der Einsatz, da sie nun keine Abgabe bezahlen müssen.

2. Keine Staatseinnahmen mehr aus Energieverkäufen

Ein grosses Hindernis auf dem Weg zu mehr Energie- und Ressourceneffizienz ist die starke institutionelle Verquickung und finanzielle Abhängigkeit der öffentlichen Hand von der Energiewirtschaft. Viele Staaten bestreiten wesentliche Teile ihrer Etats direkt oder indirekt aus Energieverkäufen. Ergo: Je mehr

Energie verbraucht wird, desto mehr nimmt die öffentliche Hand ein. So machen die Mineralölsteuern in der Schweiz fast zehn Prozent der Bundeseinnahmen aus, und die Kantone profitieren von den Wasserzinsen und dem Mitbesitz an fast allen Elektrizitätswerken.

Energieabgaben und -steuern sowie Gewinne aus staatseigenen Energieunternehmen sollen deshalb entweder für Massnahmen zu Gunsten der Umwelt oder der Energieeffizienz eingesetzt oder an die Bevölkerung und Wirtschaft zurückerstattet werden. Damit gewinnt der Staat an Unabhängigkeit und kann eine langfristig wirksame Klima- und Umweltschutzpolitik fördern.

3. Unabhängige Banken für Ressourcen und Emissionsrechte

Als Letztes schlagen wir vor, nationale und internationale Ressourcenbanken für Rohstoffe und Emissionsrechte zu bilden. Sie funktionieren nach dem Vorbild von staatlichen Notenbanken, die weitgehend unabhängig von der Tagespolitik über Geldmenge und Leitzinsen die Wirtschaft steuern. Sind ihre Mitglieder einmal gewählt, sind sie nur noch dem Prinzip der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen verpflichtet, wie es die Bruntland-Kommission definiert hat (die Menschen heutiger Generationen sollen nur so viele Ressourcen beanspruchen, dass auch Menschen kommender Generationen noch genügend Ressourcen vorfinden). Sie legen maximale Emissionsmengen fest und begrenzen die Förderung einzelner Rohstoffe.

Innerhalb dieser Grenzen kämen die Gesetze des Markts und falls nötig soziale Ausgleichsmechanismen zum Zug. Global geregelt würden etwa die zulässigen Pro-Kopf-Emissionen von CO₂. Damit entfielen das Feilschen um nationale Kontingente, das letztlich immer zu Lasten der Umwelt endet. National geregelt werden könnte die jährlich für die Überbauung zur Verfügung stehende Bodenfläche. Der in der Schweiz seit Jahrzehnten ungezügelter Verbrauch von Boden – unbestreitbar eine endliche Ressource – liesse sich so bremsen.

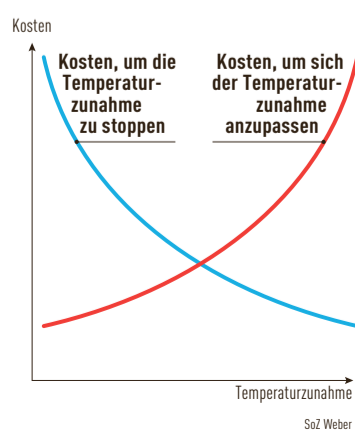
Heute mögen diese Vorschläge utopisch erscheinen. Aber: So wie sich Gesellschaft, Wirtschaft und Technologie immer weiter entwickeln werden, so wird auch der Umweltschutz nicht stehen bleiben.

THINKTANKS

Ion Karagounis ist Geschäftsführer der **Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz, Pusch**, die sich für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen einsetzt (www.umweltschutz.ch). **Gabi Hildesheimer** leitet die Geschäftsstelle des **Netzwerks für nachhaltiges Wirtschaften, Öbu**, ein Zusammenschluss von 300 Firmen zur Weiterentwicklung der Wirtschaft nach Grundsätzen der Nachhaltigkeit (www.oebu.ch).

KLIMAWANDEL: ABBREMSEN IST BILLIGER ALS ANPASSEN

Sich dem **Klimawandel anzupassen** statt dagegen anzukämpfen, wird oft als kostengünstiges Rezept propagiert. Es geht davon aus, dass es schon immer Änderungen in der Erdtemperatur und im Klima gegeben hat und dass sich Pflanzen- und Tiergemeinschaften angepasst haben. Das grosse Problem liegt jedoch im **enormen Tempo**, mit der sich der menschengemachte Klimawandel vollzieht. Anpassen bedeutet deshalb nicht sanfte



Evolution, sondern Dürrekrisen, Überschwemmungen, Tote, Verletzte und Migrationsströme. Auch ökonomisch gesehen ist Abwarten nicht empfehlenswert. Die **Kosten zur Anpassung** an die veränderten Klimabedingungen übersteigen langfristig die Kosten, die zur Abbremsung des Klimawandels notwendig sind (siehe Grafik). Theoretisch gibt es ein **Kostenoptimum zwischen Vermeiden und Anpassen**, das sich jedoch nicht exakt berechnen lässt.

SERIE: WEGWEISER AUS DER KRISE

Lebensmittelknappheit, Klimawandel, Finanzdebakel – die Wirtschaft steckt in der Krise. Wohin steuert sie? Die SonntagsZeitung führte die **Debatte** darüber, was jetzt zu tun ist, **wie die Wirtschaft reformiert werden kann**. Wir haben in den letzten fünf Wochen engagierte Menschen zu Wort kommen lassen, die nach Lösungen suchen und neue Ideen einbringen. Mit dem vorliegenden Beitrag **schliessen wir die Serie ab**. Die Beiträge der Serie:

- **4.5.:** Interview mit FT-Chefökonom Martin Wolf
- **11.5.:** Das Manifest für eine **ethische Grundlage des Wirtschaftens** von Kontrapunkt.
- **18.5.:** Thomas Held und Boris Zürcher von **Avenir Suisse** antworten auf das Manifest.
- **25.5.:** Replik der Manifest-Autoren.
- **1.6.:** Gerold Bührer und Pascal Gentinetta vom Wirtschaftsverband Economiesuisse verteidigen Marktwirtschaft und Liberalismus.